

# DIE ALLIIERTEN MILITÄRREGIERUNG IN SÜDTIROL

## SCHWIERIGER NEUBEGINN

Am 2. Mai 1945 schreibt Erich Amonn in sein Tagebuch: „Schwerster Tag meines Lebens, aber notwendig, um wenigstens ein Stück Tiroler Boden vor völliger Verwüstung zu retten, und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung.“ Es ist das Ergebnis einer Unterredung mit Bruno de Angelis, dem Vertreter des Comitato di Liberazione Nazionale (CLN), der von den Deutschsprachigen und von der deutschen Wehrmachtsführung die Übergabe der Verwaltung des Landes gefordert hatte. In diesen letzten Kriegstagen des Zweiten Weltkrieges herrschte in Südtirol verwaltungstechnisch und auch militärisch totales Chaos. Die Befehlsstrukturen waren unklar, Zuständigkeiten und Kompetenzen nicht mehr erkennbar. Geheimdienstberichte meldeten alliierte Einheiten und zahlreiche Partisanenverbände, die Richtung Südtirol vorrückten. So übernahm Bruno De Angelis als Präfekt die Verwaltung des Landes, ließ italienische Fahnen hissen und präsentierte die Provinz beim Einmarsch der Amerikaner als ein von Partisanen befreites Gebiet.

Doch die Amerikaner hatten bereits Vorkehrungen getroffen. In Bozen übernahmen am 4. Mai amerikanische Besatzungseinheiten unter dem Ziviloffizier William E. McBratney zügig die Verwaltung. Sie begannen mit dem Aufbau der Zivilregierung nach Richtlinien vom Jänner des Jahres, die festlegten: Die Provinz werde „nicht von Italien abgetrennt“, eine „Weiterführung der Politik der Zwangsemigration“ entlang der Optionsabkommen sei unwahrscheinlich und „Vorkehrungen für den Schutz der deutschsprachigen Bewohner des Südtirol (als eine Minderheit im italienischen Staat)“ werden in die „endgültigen Vereinbarungen mit Italien aufgenommen“. McBratney war es daher auch, der beiden Sprachgruppen eine politische Vertretung zusicherte und eine Tageszeitung (die heute noch bestehenden *Alto Adige* und *Dolomiten*) erlaubte. Während sich die italienische Sprachgruppe politisch vom CLN vertreten fand, kam es unter diesen Vorzeichen am 8. Mai 1945 zur Gründung der Südtiroler Volkspartei. In der Praxis verlief der Übergang von Kriegs- zu Besatzungszeit beinahe problemlos, auch wenn sich die *Dolomiten* und die *Alto Adige* eine wahre Presseschlacht lieferten, sodass sich McBratney gezwungen sah, am 31. Mai 1945 und im September einen „Burgfrieden“ mit harscher Pressezensur einzuführen. Ebenso Anlaß zu heftigen Klagen gab das undisziplinierte Verhalten der Truppen der Folgore, der Partisaneneinheiten, die die Alliierten bei den Besatzungsaufgaben unterstützten. Ihre wahllosen Übergriffe auf die Zivilbevölkerung trugen nicht unwesentlich zum anhaltenden

Misstrauen zwischen den Ethnien und zwischen Besatzungseinheiten und den italienischen Verwaltungsbeamten bei.

### **SÜDTIROL ALS SCHATZKAMMER**

Trotz des einigermaßen friedlichen Überganges gab es einige aufsehenerregende Ereignisse: International war sicherlich einmal die Befreiung prominenter, ehemaliger Dachau-Häftlinge in Niederdorf und am Prager Wildsee Anfang Mai 1945 eine Sensation. Im Frühjahr und Sommer 1945 kam es außerdem zu aufsehenerregenden Festnahmen, wie beispielsweise jener von Rudolf Rahn, dem deutschen Botschafter in Meran. Gerda Bormann, die Frau von Hitlers Stellvertreter Martin Bormann, und 14 Kinder wurden in Wolkenstein festgesetzt. Ebenfalls in Gröden fanden die Besatzungsbehörden Margaret Boden Himmler und Gudrun Himmler, Frau und Tochter von Reichsführer-SS Heinrich Himmler.

Es waren jedoch nicht nur Menschen nach Südtirol geflüchtet, auch Kunstwerke wurden hier versteckt. In St. Leonhard im Passeier und in Sand in Taufers im Ahrntal fanden sich die Depots gesammelter, unschätzbar wertvoller Kunstwerke aus den Uffizien in Florenz. Ebenso aufsehenerregend war der Fund einiger hundert Goldfässer in der Festung in Franzensfeste.

### **FLÜCHTENDE UND FLÜCHTLINGE**

Gleichzeitig setzte in den Frühjahrs- und Sommermonaten 1945 ein Flüchtlingsstrom bis dahin ausgekannten Ausmaßes ein, denn in Deutschland und Österreich fanden sich bei Kriegsende etwa eineinhalb Millionen italienischer Zivilisten, illegal zurückkehrende OptantInnen sowie Jüdinnen und Juden, die vor den Pogromen in Osteuropa flüchteten und nach Israel oder in die USA wollten sowie zahlreiche Nazis, die über Italien vor der alliierten Justiz flohen. Trotz rascher Organisation von Transport, Unterkünften und Essen durch alliierte Behörden und das Internationale Rote Kreuz wurde Südtirol bald von einem unkontrollierten Strom von Flüchtlingen überrannt: Allein im Monat Mai waren es in etwa 90.000 Personen. Die Flüchtlingslager und -unterkünfte, die daraufhin im ganzen Land eingerichtet wurden, konnten erst im Laufe des Jahres 1946 langsam abgebaut werden.

### **DAS DAMOKLESSCHWERT OPTION**

Nicht in den Genuss der Hilfe internationaler Flüchtlingsorganisationen kamen die optierten SüdtirolerInnen. Sie hatten mit den Optionspapieren die italienische Staatsbürgerschaft aufgegeben und jene des Deutschen Reiches beantragt. Dieses Deutsche Reich gab es im Mai 1945 nicht mehr, in Österreich wurde die Staatsbürgerschaft des nun zur feindlichen Besatzungsmacht deklarierten Nazi-Regimes nicht anerkannt. Das hieß für tausende

ausgewanderte SüdtirolerInnen, dass sie bei Kriegsende staatenlos waren, also keine internationalen Hilfsgüter bzw. Heimtransporte beanspruchen konnten: Viele von ihnen machten sich daher illegal auf den Weg über die Brennergrenze zurück Richtung Heimat. Das Passieren der Grenze war allerdings nur für wenige Tage möglich, innerhalb von zehn Tagen nach Kriegsende wurde der Brenner abgeriegelt. Es fanden strenge Kontrollen statt, die aufgegriffenen Illegalen kamen in die Auffanglager am Brennersee und in der Nähe von Gossensaß. So strandeten rückkehrwillige OptantInnen oft monate- und jahrelang in den Sammellagern in Innsbruck, Hall und Wattens in Nordtirol.

Ähnlich erging es den Südtiroler Soldaten, die den Zweiten Weltkrieg überlebt hatten. Als SS-Angehörige – Himmler hatte allen Südtiroler Einheiten bekanntlich die Ehre zuteilwerden lassen, sie in den Rang von SS-Einheiten zu erheben – wurden sie interniert: zum Gutteil im ehemaligen KZ Dachau, in der Nähe von Triest hinter der neu entstehenden Jugoslawischen Grenze und südlich von Rom. Obwohl viele von ihnen ebenfalls optiert und damit die italienische Staatsbürgerschaft abgelegt hatte, wäre für die Rückführung der Soldaten jetzt wieder die italienische Regierung zuständig gewesen, doch diese ließ sich mit der Rückholung Zeit und so konnte es schon bis Ende 1947/1948 dauern, bis Südtiroler Soldaten legal die Lager in Deutschland verlassen und zurückkommen konnten.

Nicht viel besser hatten es die OptantInnen, die in Südtirol verblieben waren oder in Österreich eine neue Heimat gefunden hatten. Auch sie waren bei Kriegsende Staatenlose und hatten dadurch keinen Anspruch auf Sozialleistungen, Wohnungs- und Essenszuteilungen. Weder die italienische noch die österreichische Regierung zeigte in der wirtschaftlich, sozial und politisch prekären Situation des Kriegsendes Interesse an einer schnellen Lösung der Staatsbürgerschaftsfragen. Im Gegenteil, die Südtiroler OptantInnen wurden spätestens im Sommer 1945 zum politischen Spielball: Die italienische Regierung drängte auf Gültigkeit der Optionsabkommen von 1939. In die Wählerlisten der anstehenden Gemeinderats- und Landtagswahlen sollten nur jene eingetragen werden, die bei Kriegsende italienische Staatsbürger gewesen waren: also rund 15 bis 20 Prozent der Deutschsprachigen. In Österreich erhielten die ausgewanderten ebenfalls keine Staatsbürgerschaft und dennoch häuften sich die Klagen in der Presse über die kriminellen Zuwanderer aus Südtirol, deren Bevorzugung im Bereich der Sozialfürsorge und bei der Wohnungszuteilung.

## **KEINE INTERNATIONALEN FÜRSPRECHER**

Für Südtirol gab es in diesen Monaten keine internationalen Fürsprecher: Auf politischer Ebene ging es Ende Juni, Anfang Juli 1945 in Richtung Potsdamer Konferenz, also in

Richtung Aufteilung der verheerenden Überlassenschaften des Krieges unter den Mächtigen der Welt. Dabei überlegten amerikanische Beamte im US-Außenministerium zwar, die Provinz an ein eventuell neu entstehendes Österreich zurückzugeben, doch immer überwogen die Argumente, die für einen Verbleib der Provinz bei Italien sprachen: Denn Italien entwickelte sich unmittelbar nach Kriegsende zum Testfall für die Zusammenarbeit der alliierten Supermächte nach dem Krieg. Hier zeichneten sich erste Diskrepanzen und kommende Konfliktlinien im Kalten Krieg ab, die Kluft zwischen Ost und West wurde sichtbar. Im Sommer 1945 wiesen alliierte Stellen in Italien auch immer wieder ausdrücklich auf die Gefahr eines kommunistischen Staatsstreiches hin und die italienische Regierung drängte auf innenpolitische Stabilisierung durch die Rückgabe der besetzten Provinzen. Die Beziehungen zwischen den alliierten Besatzern und dem „cobelligerent“ (Kriegspartner) Italien gestalteten sich zunehmend schwieriger und die kommenden Besatzungsmonate waren dann von Themen geprägt, die die Zukunft Südtirols mitbestimmen sollten.

Dazu gehörte, dass die Provinz, so entschieden die amerikanischen Besatzer, für die Dauer der **Außenministerkonferenz in London**, die für Mitte September angesetzt war, unter alliierter Verwaltung bleiben müsse. Man wollte kein Präjudiz für die dort zu treffenden Entscheidungen bezüglich des italienischen Friedensvertrages schaffen. So ist wohl letztlich den Amerikanern die Aufnahme jenes Passus in die ersten Verhandlungen der Alliierten am 14. September 1945 mit Italien zu verdanken, die als „**Vorentscheidung**“ für Südtirol in die Geschichte einging: Österreich wurde darin erlaubt, Vorschläge „hinsichtlich kleinerer Grenz-Berichtigungen zu seinen Gunsten vorzubringen“.

### **ITALIEN NACH DER LONDONER AUßENMINISTERKONFERENZ IM SEPTEMBER 1945**

Für Italien endete die Londoner Außenministerkonferenz damit in einem Desaster, nicht einmal zu einem gemeinsamen Kommuniqué hatte man sich durchringen können. Das bedeutete: Kein Friedensvertrag, keine Revision der Waffenstillstandsbedingungen, keine Zustimmung, das Land als „friendly cobelligerent“ (freundschaftlichen Kriegsverbündeten) einzustufen, kein „non-punitive agreement“ (nicht-bestrafender Friedensvertrag) und schließlich absehbarer Verlust aller Kolonien. Außerdem: Keine Rückgabe aller von den Alliierten besetzten Provinzen an die italienische Verwaltung. Hinzu kamen katastrophale wirtschaftliche Prognosen für den kommenden Winter. Das alles führte zu einer handfesten Regierungskrise. Und für Südtirol bedeutete dies schlichtweg, dass die italienische Regierung jede Entscheidung auf die lange Bank schob. Allerdings übersahen die führenden Kräfte dabei, dass sich die internationale Lage, vor allem aber die Haltung der Amerikaner jetzt

deutlich zu Ungunsten des Mittelmeerlandes entwickelte. Die amerikanischen Beamten unterstellten der Regierung in Rom Unfähigkeit und/oder Unwillen und nahmen zunehmend eine rigidere und kritischere Haltung ein. Das wiederum führte dazu, dass den Italienern in den folgenden Monaten viele Regelungen schlichtweg diktiert wurden, von einer Mitbestimmung konnte nicht die Rede sein.

## **BEENDIGUNG DER ALLIIERTEN MILITÄRREGIERUNG**

Als wirksamste Waffe der Alliierten gegenüber der italienischen Regierung erwies sich die **Beibehaltung der Alliierten Militärregierung in besetzten Gebieten**: Solange amerikanische oder britische Truppen in der Venezia Giulia, in Südtirol und in anderen Gebieten patrouillierten, hatte die Regierung in Rom nicht die volle Oberhoheit über diese Regionen wiedererlangt. Ebenso signalisierte das, dass die künftige Zugehörigkeit der Gebiete nicht gesichert war und es mitunter noch zu territorialen Veränderungen kommen könnte.

Erste Pläne für den Abzug der Militärregierung aus Südtirol gab es bereits im Juni und Juli. Doch Ende August 1945 untersuchten amerikanische Planer aus dem ehemaligen Kabinett des verstorbenen Präsidenten Roosevelt die Angelegenheit. Sie empfahlen, die Rückgabe der Provinz an die italienische Verwaltung an Bedingungen zu knüpfen: Die Deutschsprachigen sollten weitreichende Zugeständnisse im Bereich der **Schule** erhalten, die marodierenden, italienischen Partisanentruppen, die **Folgore**, müssten unverzüglich aus der Provinz abgezogen werden, die **Staatsbürgerschaftsfragen** gehörten gelöst – an eine Weiterführung der Politik der „Zwangsemigration“ entlang der Optionsabkommen sei nicht zu denken – und die italienische Regierung solle den Deutschsprachigen **Autonomiezugeständnisse** machen.

Als die italienische Regierung am 22. September über die Entscheidungen der Londoner Außenministerkonferenz unterrichtet wurden, (Österreich offiziell erst am 1. Mai 1946; Details dazu gibt es in anderen Vorträgen), deponierten die Amerikaner diese Anliegen. Die Regierung erklärte sich in mehreren Schreiben danach immer wieder zu großzügigen Gesten gegenüber der deutschsprachigen Bevölkerung bereit, doch diese Versprechen waren schwammig formuliert und ohne konkrete Umsetzungsvorschläge. Im alliierten Hauptquartier schätzte man sie daher als **leere politische Stimmungsmache** ein. Die Beendigung der Militärregierung wurde auf unbestimmte Zeit verschoben.

Dies galt auch noch für die Zeit der Wachablöse in der Besatzung: Im Oktober **übernahmen britische Einheiten die Besatzungsaufgaben in Südtirol**. Dennoch erhöhten die **amerikanischen Behörden in Rom und Washington DC** den Druck: Sie drohten im

Oktober und November mehrmals mit der Beibehaltung des Militärregimes bis zum Ende der Friedensverhandlungen (also für wahrscheinlich ein weiteres Jahr). Grundsätzlich blieb man im amerikanischen State Department aber bei der Entscheidung von London: Kleinere Grenzberichtigungen wären möglich, doch Südtirol sollte bei Italien bleiben. Die **Briten** waren zu diesem Zeitpunkt allerdings fest davon überzeugt, Südtirol müsse bei Italien bleiben. Zu groß sei die Gefahr eines kommunistischen Putsches im Land. Dieses Drohszenario ging sogar soweit, dass die Briten im November 1945 erfolgreich Überzeugungsarbeit im US-Außenministerium leisteten: Außenminister Byrnes willigte nach Geheimgesprächen schließlich ein, die alliierte Besatzung in Südtirol zu beenden und die Provinz Ende des Jahres 1945 an die reguläre italienische Verwaltung zurückzugeben. Gleichzeitig solle noch einmal vehement auf die Umsetzung der alliierten Forderungen gedrängt werden.

In der Zwischenzeit schafften alliierte Behörden einige *fait accompli*:

## 1. DAS ERSTE VOLKSSCHULDEKRET

Wegen ausständiger gesetzlicher Regelung durch Italien erließen die Alliierten im September/Oktober eine Schulregelung und unterstützten die Deutschsprachigen sogar bei der Organisation von Schweizer Schulbüchern. So nahmen die Volksschulen (deutschsprachige und italienischsprachige) trotz Lehrkräftemangels und fehlenden Schulräumen im Oktober 1945 den regulären Betrieb auf. Die italienische Regierung übernahm diese Schulregelung und erließ auf Basis der vorherrschenden Praxis Ende Oktober das „Erste Volksschuldekret“. Innerhalb weniger Wochen folgten die Regelungen für den deutschsprachigen Mittelschulbereich. Beide Dekrete erlangten noch während der Besatzungszeit Gesetzescharakter.

## 2. DER ABZUG DER FOLGORE

Auch in der Lösung der Frage der Folgore-Einheiten übernahmen die Alliierten schließlich die Initiative: Die italienischen Partisaneneinheiten wurden im Oktober der alliierten Besatzung unterstellt. Im November wurde ihr Abzug in den Süden – offizieller Wortlaut war, dass die Einheiten zu Trainingszwecken verschickt wurden – angeordnet und sie sollten durch britische Einheiten ersetzt werden. Vehemente Interventionen der italienischen Regierung führten schließlich dazu, dass einige italienische Einheiten des regulären Militärs in Südtirol einziehen konnten. Wohl zu Recht hatte die italienische Regierung befürchtet, sollten keine italienischen Soldaten mehr in Südtirol stationiert sein, könnte das als Hinweis gewertet werden, Südtirols Zukunft sei noch ungewiss.

### 3. OPTANTENDEKRET UND WÄHLERLISTEN

Ein weiteres Diktat drohte Italien in Staatsbürgerschaftsfragen: Anfang November veranlassten die Alliierten die Erstellung der Wählerlisten in der Provinz Bozen unter Einbeziehung aller deutschsprachigen SüdtirolerInnen, die zwar optiert hatten, aber nicht ausgewandert waren. Die umgehenden Proteste der italienischen Regierung hatten immerhin zur Folge, dass die alliierten Behörden zwar versprochen, alle Menschen mit gültiger österreichischer und deutscher Staatsbürgerschaft auszuweisen, gleichzeitig aber die Erstellung der Wählerlisten unbeirrt fortsetzten. Es ging dabei um einige hundert Personen (alliierte Erhebungen sprechen von max. 3.000, ital. Stellen von 20.000 Personen): Tatsächlich in die Listen eingetragen wurden bis Jahresende rund 400 Personen. In der Praxis verfolgten die Alliierten die Ausweisung dieser Menschen nicht, im Gegenteil, es schien immer wieder Gründe für deren weiteren Aufenthalt in Südtirol zu geben – oft so lange, bis ihre Akten im Dschungel der Behörden verschwanden bzw. die nötigen Auffanglager für ihre zwischenzeitliche Unterbringung im Laufe des Jahres 1946 geschlossen wurden.

Daraufhin legte die italienische Regierung am 21. November einen Vorschlag zur Lösung der Optantenfrage vor: Er sah genau das vor, was die Alliierten seit Monaten zu unterbinden versucht hatten, nämlich eine rigide Interpretation der Staatsbürgerschaftsfragen und im Grunde eine Fortführung des Optionsabkommens von 1939. Die Reaktionen der alliierten Stellen auf den Gesetzesvorschlag waren dann auch allesamt negativ und sie lassen sich wohl am besten mit einem Schreiben an Degasperi vom 21. Dezember 1945 wiedergeben: „Die Alliierten betrachten die Einsetzung eines solchen Gesetzes in Südtirol nicht mit Wohlwollen und wären nicht bereit, seine Umsetzung zu unterstützen.“

### 4. AUTONOMIEREGELUNGEN

Am auffälligsten ist darüber hinaus wohl der anhaltende Druck der alliierten Stellen was die Einsetzung einer Autonomie für die deutschsprachige Minderheit betraf. Die von Rom immer wieder formulierten Autonomieversprechen gingen den amerikanischen Behörden nie weit genug. So bestanden sie bis weit in den Herbst 1945 darauf, dass bei der Rückgabe der Provinz an die italienische Verwaltung Autonomieregelungen für die Deutschsprachigen öffentlich bekannt gegeben werden müssten. Deshalb gab es von Seiten Roms mehrere Vorschläge für eine Autonomie: allesamt angelehnt an die Autonomie für das Aostatal und allesamt enthielten sie als Autonomiegebiet das gesamte Trentino.

Ende November kamen aber Gerüchte über angebliche Gespräche Schuschnigg-Parri (ehem. Österr. Bundespräsident im Austrofaschismus mit ital. Ministerpräsident) auf, in denen Parri signalisiert haben soll, Italien sei unter gewissen wirtschaftlichen Zugeständnissen (Wasserkraftwerke) bereit, auf Südtirol territorial zu verzichten. Während in Wien die Hoffnungen stiegen und entsprechend bei den Alliierten Rückfrage gehalten wurde, dementierte die italienische Regierung wiederholt heftig. Im Gegenteil: Degasperi wollte nach dem überwältigenden Sieg der Regierung Renner in Wien die diplomatischen und vor allem wirtschaftlichen Beziehungen mit Österreich wieder offiziell aufnehmen. Allerdings sollte die öffentliche Erklärung den Satz enthalten, es gebe keinerlei territorialen Streitigkeiten zwischen den beiden Staaten. Dieser Vorstoß stieß in London und Washington auf heftige und durchwegs negative Reaktionen: als plump und provokant wurde er abgetan und Degasperi wurde mittels seiner Botschafter gefragt, ob er denn die Alliierten reizen und zu negativen Reaktionen veranlassen wolle.

Die Alliierten beharrten jetzt erst recht auf zumindest einer öffentlichen Bekanntgabe: Am 19. Dezember 1945 wurde die Rückgabe der nördlichen Provinzen in der Presse publiziert. Sie erfolge aber „ohne dass dies ein Präjudiz für eventuelle Grenzänderungen sei, die im Friedensvertrag erfolgen konnten.“ Der italienischen Regierung war es nicht gelungen, diese Formulierung zu unterbinden. Am selben Tag, dem 19. Dezember, deponierte Staatskanzler Renner in Wien bei den Alliierten die Forderung der österreichischen Regierung nach einer Rückgaben Südtirols an Österreich. In einer Rede schloss sich tags drauf Bundeskanzler Figl mit dem berühmt gewordenen Satz, **Südtirol sei eine Herzenssache Österreichs** den Forderungen an. Die italienische Regierung protestierte in Washington umgehend auf diese Aussagen, erhielt als Antwort aber nur: der Abzug der Besatzungseinheiten sei schon „Entgegenkommen genug“ gewesen und man werde in den USA „sehr genau beobachten, wie die italienische Regierung fürderhin die Autonomiefragen zu lösen gedenke. Im Übrigen habe man die Sache mit den Gesprächen Parri-Schuschnigg sehr interessant gefunden.“

## **FAZIT**

Sollte ich also eine These für eine amerikanische Südtirolpolitik wagen, so lautet diese wohl: **Verspielte Autonomie!** Die Vertreter der Südtiroler Volkspartei zusammen mit den Kollegen in Österreich schätzten die Situation in den Herbstmonaten 1945 anders ein: Hier verfolgte man konsequent die „Selbstbestimmungs-Strategie“. Mit Petitionen und Unterschriftensammlungen versuchte man die Alliierten über die Situation in Südtirol aufzuklären und von der Legitimität der Forderung der Rückkehr zu Österreich zu

überzeugen. Aber Aufklärung brauchten die alliierten Behörden keine und wie der Ausgang eines Plebiszits wäre, wusste man in London und Washington DC genau. Hier gab es andere Gründe, Südtirol bei Italien zu belassen: Die Wasserkraftwerke, die kommunistische Gefahr, vor allem aber Italiens instabile interne Situation und zunehmend ging es darum, resümierte frustriert der amerikanische Außenminister James Byrnes im Februar 1946, sich mit allen Verhandlungspartnern (auch der UdSSR) „überhaupt auf einen Friedensvertrag für das Land einigen zu können.“ Um Details ginge es schon lange nicht mehr, sondern um „akzeptierbare Formulierungen“. Tatsache ist aber auch, dass sich die italienische Regierung bis zum Abschluss des Friedensvertrages nicht sicher war, die Nordgrenze am Brenner belassen zu können. Daraus erklären sich wohl die Verhandlungen im Jahr 1946, an deren Ende am 5. September 1946 das Gruber-Degasperi-Abkommen steht: Ein Dokument, das m. E. zwar fraglos als Magna Charta Südtirols gelten kann, das aber dennoch ein Dokument deprimierender, diplomatischer Schwäche Österreichs und des anhaltend starken Zentralismus Italiens ist und die Chance auf eine starke Autonomie schon 1946 gänzlich verspielte.